

Die Menschen mitnehmen

Liebe Genossinnen und Genossen, die erste Jahreshälfte ist vorbei. Viele wichtige Entscheidungen sind in den Wochen vor der anstehenden Sommerpause noch in Berlin getroffen worden, Arbeit gab es genug. Hinzu kam noch das gegen mich eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsannahme. Das ist nach nur 14 Tagen eingestellt worden, weil nichts an den Vorwürfen dran war. Damit ist natürlich eine Last von mir genommen (Seite 8).

Das ist umso wichtiger, als der politische Alltag derzeit drängende Fragen aufwirft. Wie begegnen wir, als Partei und Gesellschaft, den heutigen Herausforderungen im Sinne von Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt? Zugegeben: Die letzten Jahre, zumal die Große Koalition, haben uns Sozialdemokraten einiges abverlangt. Aber ich sehe es keineswegs so, dass Sozialdemokratie zwischen pseudolinkem Populismus und neoliberalen Lobbyisten erdrückt wird. Im Gegenteil: Von der Überzeugung ausgehend, dass soziale Sicherheit und wirtschaftlicher Erfolg sich gegenseitig bedingen und Nachhaltigkeit für beides Voraussetzung ist, halten wir zwischen haltlosen Positionen einen klaren Kurs!

Hinter uns Sozialdemokraten liegt ein langer Lernprozess. Wir mussten einsehen, dass der technische Fortschritt nicht alle Probleme löst, sondern manche – wie den Klimawandel – erst schafft. Wir haben gelernt, dass weder Markt noch Staat Allheilmittel sind. Wir sind dabei zu verinnerlichen, dass gesellschaftlicher Fortschritt immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden muss. Willy Brandts Worte taugen als Orientierung: „Nichts kommt von selbst! Und nur wenig ist von Dauer. Darum besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll!“

Wenn wir heute als Sozialdemokraten von Fortschritt sprechen, heißt das: ein Fortschritt, der die Lage der Menschen zum Maßstab nimmt und nicht Bruttoinlandsprodukt oder Geschäftsklimaindex. Der sich der Realität stellt, aber sich nicht mit den Dingen abfindet, wie sie sind. Der keinen außen vor lässt und erkennt, dass wir nicht allein sind auf der Welt! Wir stehen als Partei dafür ein, dass sich die Gesellschaft nicht in produktive und unproduktive Teile spalten lässt. Gesellschaft funktioniert nur als Ganzes – und jeder Einzelne ist auf das Funktionieren dieses Ganzen angewiesen.

Klar muss dabei sein: Wer an seine Ziele glaubt, muss auch versuchen, sie zu verwirklichen – und sei es um den Preis (vorerst) nur teilweise ans Ziel zu gelangen. Wir sind 1998 angetreten für Innovation und Gerechtigkeit: Seitdem haben wir daran gearbeitet, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, mehr Geld für Zukunftsaufgaben wie Bildung, Forschung und Familie bereit zu stellen, der Wirtschaft Impulse zu geben und für eine integrative Gesellschaft zu sorgen. Auf unserer Bilanz stehen so wichtige Maßnahmen wie Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, Kindergelderhöhung, Ausweitung des BAFöG, Steuererleichterungen für Arbeitnehmer und mittelständische Betriebe, doppelte

Staatsbürgerschaft und Förderung erneuerbarer Energien. Fehlerfrei waren wir nicht. Aber festzuhalten ist: Wenn wir jetzt zielgerichtet Maßnahmen für Langzeitarbeitslose auflegen (Seite 2) – dann auch, weil wir zuvor die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass das überhaupt was bringt. Politik hat heute – Stichwort gute Konjunktur, Haushaltssanierung, Beschäftigung (knapp 600.000 sozialversicherungspflichtige Jobs mehr, 712.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr) – bedeutend mehr Spielräume als noch 1998. Und das ist ganz wesentlich Verdienst sozialdemokratischer Politik!

Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass von diesen Spielräumen auch diejenigen profitieren, die bisher wenig vom „Aufschwung“ hatten. Deshalb kämpfen wir für Mindestlöhne; deswegen haben wir die Einführung eines Elterngeldes und den Ausbau von Kinderbetreuung durchgesetzt; deshalb haben wir bei der Gesundheitsreform dafür gesorgt, dass auch die 250.000 Menschen ohne Versicherungsschutz wieder rein geholt werden; deshalb haben wir das Job4000 Programm für Menschen mit Behinderungen aufgelegt; deshalb gibt es erneut öffentlich unterstützte Beschäftigung für knapp 270.000 Menschen, die diese Hilfe brauchen. Deshalb gilt es zu regieren, Einfluss zu nehmen! „Sehnsucht nach Opposition“ sollte spätestens da enden, wo man sich vorstellt, wer an unserer Stelle wie regieren würde!

Wir tragen auch in Zukunft Sorge für eine Gesellschaft, die die Menschen mitnimmt, anstelle einer, in der jeder mitnimmt, was er kann. Ein Leitmotiv ist dabei „Gute Arbeit“: Arbeit muss Teilhabe bedeuten und nicht Ausgrenzung! Dabei dürfen wir nicht den Blick verschließen vor schmerzhaften Tatsachen, wie jenen zwei Millionen Kindern, die in Deutschland im Bereich der Grundsicherung leben. Deren Lebensbedingungen müssen wir konkret verbessern! D.h. in den meisten Fällen, dass sich die Lebensbedingungen der Eltern verbessern müssen: Dass Arbeit da ist, fair bezahlte Arbeit, und dass Familien und Alleinerziehende fest in die Gesellschaft integriert sind.

Wir Sozialdemokraten tun uns als Partei immer schwerer als andere, weil wir einen anderen Anspruch an uns selbst haben. Das ist auch gut so. Aber ich sage auch: Ich bin stolz auf meine SPD. Wir sind auf unserem langen Weg nicht ersetzbar geworden. Noch immer tragen wir Verantwortung für die solidarische Gestaltung unserer Gesellschaft – und nehmen sie, im Gegensatz zu anderen, auch ernst. Unser Auftrag: Das Schiff so durch die Klippen von Marktverherrlichung und Sozialstaatsromantik zu steuern, dass niemand dabei über Bord geht.

Ich wünsche euch allen eine erholsame Sommerzeit und Gelegenheit Kraft aufzutanken. Die brauchen wir für Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm, für die Stärkung unseres Profils in Schleswig-Holstein und im Bund, und für die Vorbereitung der Kommunalwahl 2008. Da gibt es kräftig was gerade zu rücken! Bei alledem bin ich gerne dabei.

Herzlich grüßt
Euer



Franz Thönnies, MdB

IN DIESER AUSGABE:

BERLINER GESCHEHEN

- 2 Niemand außen vor lassen
- 3 Verlässliche Pflege
- 3 Impressum

THÖNNES IN AKTION

- 4 Vorbereitungen auf Hochtouren: Die 16. BSPC in Berlin
- 5 Erleichterungen für deutsch-dänische Grenzpendler
- 5 Konferenz in Berlin: Bildung, Beschäftigung, Barrierefreiheit
- 6 Unterwegs in Europa, im Bund, im Land und vor Ort

WEITERES

- 8 Gelesen: Thönnies am Gymkaki
- 9 Persönliche Erklärung

ZU GUTER LETZT

- 9 Zu Gast in Berlin
- 9 Auf zu neuen Ufern
- 9 Kontakt
- 9 Reden

www.thoennes.de



Niemand außen vor lassen!

In den letzten Wochen haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen bessere Chancen zu verschaffen. Damit machen wir deutlich: Wir Sozialdemokraten lassen nicht zu, dass Menschen abgeschrieben werden.

Beim Thema **Mindestlohn** haben wir kräftig Zoff mit der Union. Das, was vereinbart wurde, ist kein Kompromiss. Zur Erinnerung: Die SPD tritt für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, weil Dumpinglöhne Grundwerte unseres Sozialstaates verletzen. Es geht um die Würde des Menschen und seiner Arbeit. Gerade angesichts der erfreulichen gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland sind Armutslöhne, wie sie ungefähr 2,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen, nicht hinnehmbar. Wir müssen dafür sorgen, dass man von anständiger Arbeit auch anständig leben kann.

Auch gesamtwirtschaftlich sind Mindestlöhne sinnvoll: Mini-



Baustelle Mindestlohn: Wir bleiben dran

Löhne bedeuten spätere Mini-Renten und Altersarmut. Mini-Löhne bedeuten, die Steuerzahler zahlen oben drauf, damit Betroffene überhaupt zurechtkommen, während die, die so entlohnen, sich dabei eine goldene Nase verdienen. Auch die Behauptung, die Einführung eines Mindestlohns vernichte Arbeitsplätze, ist haltlos. Das zeigen unsere Nachbarländer.

Mit der Union war mehr als die jetzige Regelung nicht drin. Es ist ein Schritt nach vorn. Aber es reicht uns nicht, und den betroffenen Menschen auch nicht. Für einen Teil ändert sich jedoch etwas zum Positiven. Das Arbeitnehmerentsendegesetz wird für weitere Branchen geöffnet. Dabei können die Tarifvertragsparteien bis zum 31. März 2008 einen Antrag stellen, in das Gesetz mit aufgenommen zu werden. Für Wirtschaftszweige, in denen es keine Tarifverträge gibt oder die Tarifbindung nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber besteht, werden wir das Gesetz über Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen überarbeiten.

Zufrieden geben wir uns damit nicht: Nach der Sommerpause werden wir mit einer Bundratsinitiative über die von uns regierten Länder einen erneuten Versuch zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns starten. Dann wird die Union erneut erklären müssen, warum sie gegen faire Löhne ist.

Mit dem **Milliarden-Job-Programm**, das wir am 6.7.2007 im Deutschen Bundestag beschlossen haben (BT-Drs. 16/5715 und 16/5714), wollen wir 100.000 Erwerbslosen und 50.000 jugendlichen Arbeitslosen helfen, die sonst auf lange Sicht keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt hätten. Für Arbeitslose, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, wollen wir einen sogenannten Beschäftigungszuschuss einführen. Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen, die mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmontatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit

auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist. Arbeitgeber werden mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent unterstützt, die Dauer der Unterstützung beträgt in der Regel 24 Monate. Zudem sind Zuschüsse für eine begleitende Qualifizierung möglich.

Bildungsschwache Jugendliche unter 25 Jahren sollen darüber hinaus die Chance erhalten, sich am Arbeitsplatz zu bewähren und ihre Qualifikation zu verbessern. Das wollen wir erreichen mit einem sogenannten Eingliederungszuschuss und einen Qualifizierungszuschuss. Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen. Der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts geleistet, maximal werden 500 Euro gezahlt. 15 Prozentpunkte werden auf die Qualifizierung verwendet. Hierbei können auch Qualifizierungsbausteine oder noch zu entwickelnde Ausbildungsbausteine genutzt werden. Damit soll das Nachholen des Berufsabschlusses erleichtert werden.

An ca. 100.000 Arbeitslose in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit richtet sich das geplante **Bundesprogramm Kommunal-Kombi**. Dabei geht es darum, in Regionen mit mehr als 15 Prozent Arbeitslosigkeit zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsplätze bei Kommunen oder gemeinwohlorientierten Unternehmen zu schaffen. Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Stellen durch einen Zuschuss des Bundes an den Arbeitgeber (im Regelfall die Kommune) in Höhe der Hälfte des Bruttolohns (höchstens 500 Euro) über die Dauer von drei Jahren. Zielgruppe sind Arbeitslose, die zwei Jahre und länger Arbeitslosengeld II bezogen haben. Das gezahlte Arbeitsentgelt muss den tariflichen Entgelten entsprechen, die Arbeitszeit soll im Regelfall 30 Stunden betragen. Finanziert wird das Programm aus Mitteln der Kommunen, des Bundes und des Europäischen Sozialfonds. Für den Bund ist es durch das gleichzeitige Einsparen von Leistungen kostenneutral, die Kommunen sparen ebenfalls und profitieren durch die Wertschöpfung der neuen Jobs.

All diese Maßnahmen richten sich zielgerichtet an Menschen, bei denen die positive Arbeitsmarktentwicklung der letzten Zeit nicht angekommen ist. Hiermit geben wir Langzeitarbeitslosen, bildungsschwachen Jugendlichen, und Arbeitslosen in strukturschwachen Regionen eine Perspektive. Hinzu kommt noch die **Initiative50plus**, mit der wir älteren Arbeitnehmern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Weiter kann - wie mit 250 Mio. € in den letzten Jahren in 62 Modellregionen geschehen - für weitere drei Jahre die Integration älterer Arbeitnehmer unterstützt werden. Gleiches gilt für die **Initiative JOB4000** mit der wir 4.000 Arbeits- und Ausbildungsförderungen für Menschen mit schweren Behinderungen organisieren wollen. Nicht vergessen werden dürfen die zusätzlichen 7.500 Ausbildungsplätze für besonders benachteiligte Jugendliche und die 40.000 Plätze zur Einstiegsqualifizierung für junge Menschen, die Schwierigkeiten beim Einstieg in die Berufsausbildung haben - übrigens haben gut über 60% des letzten EQJ-Jahrganges inzwischen einen Ausbildungsplatz erhalten. Mit den Arbeitgebern haben wir zudem im Ausbildungspakt vereinbart, dass sie nun jedes Jahr 60.000 neue Ausbildungsplätze und 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einbringen.

Wir machen klar: Es gilt alles dafür zu tun, dass der Aufschwung einer für alle wird und nicht ausgerechnet diejenigen, die es ohnehin schwerer haben als andere, außen vor bleiben.



Gesicherte Pflege

Anfang Juni haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf eine Reform der Pflegeversicherung geeinigt. Zentral dabei: Pflegebedürftigkeit bleibt solidarisch abgesichert, und dem Leitbild einer menschlichen Pflege wird eher Genüge getan.

Die Reform bedeutet einen großen Fortschritt: In Zukunft werden auch Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz einbezogen, die finanziellen Leistungen werden erstmals seit 1995 angehoben, ambulante Pflege und Rehabilitation werden gestärkt und die Situation pflegender Angehöriger verbessert. Die wichtigsten Maßnahmen im Einzelnen:

- Ab 2008 werden u.a. die Sachleistungen im ambulanten Bereich und das Pflegegeld erhöht.
- Demenzkranke, die bisher noch keiner Pflegestufe zuzuordnen waren, aber einen erheblichen Betreuungsbedarf haben, werden endlich in die Pflegeversicherung mit einbezogen. Auch für andere Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz werden die Betreuungsleistungen verbessert.
- Die Möglichkeiten für häusliche Pflege werden entscheidend verbessert. So wird bei Pflege durch Angehörige für die Dauer von sechs Monaten ein Anspruch auf unbezahlte Freistellung von der Arbeit mit Rückkehrmöglichkeit eingeführt.
- Die ambulante Versorgung wird gestärkt. Künftig werden quartiersbezogene Pflegestützpunkte eingerichtet. Sie sollen vorhandene Angebote für Pflegebedürftige besser aufeinander abstimmen. Angebote

aus einer Hand werden die Organisation der Pflege für Bedürftige und Angehörige erleichtern.

- Die Pflegekassen müssen künftig für ihre pflegebedürftigen Versicherten ein Fallmanagement einrichten. Für jeweils bis zu 100 Pflegebedürftige und ihre Angehörige soll ein Fallmanager zielgerichtete Unterstützung bieten.
- Die Qualitätssicherung im stationären Bereich wird ausgebaut.
- Die Möglichkeiten, ehrenamtliche Helfer in Versorgungsangebote einzubinden, werden verbessert.

Zur Finanzierung der Reform wird der Beitrag zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um moderate 0,25 Prozentpunkte auf 1,95% steigen. Die Lohnzusatzkosten werden nicht steigen, da bereits zum 1. Januar 2008 der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte sinken wird.

Darüber hinaus hätten wir uns als SPD eine grundlegende Reform der Finanzstruktur gewünscht – insbesondere was den Ausgleich unterschiedlicher Risikostrukturen zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung betrifft. Hier konnten wir uns nicht durchsetzen. Andererseits wird es aber auch keine von uns abgelehnte einkommensunabhängige „Kopfpauschale“ geben. In ihrer künftigen Form schafft die Pflegeversicherung in unserer alternden Gesellschaft die Voraussetzungen für „menschliche Pflege“ – und bleibt ein zentraler Baustein der sozialen Sicherungssysteme.

IMPRESSUM

Herausgeber: Franz Thönnies

Redaktion: Franz Thönnies, Benjamin Seyd

Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der Republik 1, 10557 Berlin



Im Einsatz für die 16. BSPC (von links): Christian Vaigur (Bastun), Peter Palshoj (SAMAK), Franz Thönnies, Gunnar Stenav (Nordischer Rat), Dr. Uwe Optenhögel (FES)

Vorbereitungen auf Hochtouren

16. Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2007 in Berlin

Am 27./28. August 2007 findet die Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) erstmals in Berlin statt. Der Deutsche Bundestag ist Gastgeber für ca. 120 Parlamentarier der Mitgliedstaaten des Ostseerates und aus sechs Regionalparlamenten, darunter Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Seit Beginn dieses Jahres laufen die Vorbereitungen für die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz, deren ständigem Ausschuss ich vorsitze, auf Hochtouren.

Die Schwerpunktthemen der diesjährigen Konferenz „Zusammenarbeit in der Ostseeregion auch unter Einbeziehung energiepolitischer Fragen“, „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ sowie „Integrierte Meerespolitik“ und den Stand der Vorbereitungen stellte ich dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages in dessen Sitzung am 14. März 2007 in Kiel vor. Die Rednerliste der Konferenz wird hochkarätig besetzt sein. Neben dem neuen Präsidenten des Ostseerates, dem lettischen Außenminister Dr. Artis Pabriks ist es auch gelungen, Vizkanzler und Bundesarbeits- und sozialminister Franz Müntefering, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel für Referate zu gewinnen.

Im Vorfeld der Konferenz haben sich sowohl die Deutsch-Nordische, die Deutsch-Baltische, die Deutsch-Polnische und die Deutsch-Russische Parlamentariergruppe mit der 16. BSPC befasst. Auf meine Anregung hin haben auch die vier norddeutschen Parlamente eine eigene Veranstaltung mit dem Thema „Maritime Politik im Fokus der Parlamente“ am 11. Juni 2007 in der Landesvertretung von Schleswig-Holstein durchgeführt. Hier konzentrierten sie ihre Anforderungen an die 16. BSPC auf die Themenfelder „Integrierte Maritime Politik in der Ostseeregion“ und „Maritime Politik und Energiepolitik“. Gerade Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sind seit Jahren intensiv engagiert, wenn es einerseits um den Schutz der Ostsee und andererseits um ihre nachhaltige und umweltschonende Nutzung geht. Insbesondere SPD-Europaminister Uwe Döring hat sich – nicht zuletzt in seiner

Funktion als Mitglied des Ausschuss der Regionen – für eine integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion eingesetzt. Zusammen mit SPD-MEP Willy Piecyk im Europaparlament und mir selbst im Ständigen Ausschuss der BSPC konnten wir hier bereits im Vorfeld der Konferenz wichtige Punkte für die Abschlussresolution der 16. BSPC erarbeiten.

Aber auch auf sozialdemokratischer Ebene wurde die Konferenz gut vorbereitet. So trafen sich am 15./16. Juni 2007 auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Vertreterinnen und Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in der Ostseeregion in Berlin, um sich im Vorfeld der 16. BSPC mit deren Schwerpunktthemen zu befassen. Hier referierte SPD-MdL Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, zu Integrierter Meerespolitik und ich selbst zu Fragen der Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum und der zunehmenden Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte. Letztere macht es immer dringlicher, auch soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer grenzüberschreitend zu organisieren. Die Seminarteilnehmer fassten ihre Positionen in einem Protokoll zusammen, gedacht als Anregung zur BSPC-Abschlussresolution für ihre jeweiligen sozialdemokratischen Delegierten.

Schließlich befasste sich auch der Deutsche Bundestag am 6. Juli in einer Debatte mit der Entwicklung im Ostseeraum. Zwei Anträge der Koalitionsfraktionen wurden angenommen. SPD-MdB Gaby Hiller-Ohm und ich sprachen zu den Anträgen „Ostseekooperation weiter stärken und Chancen nutzen“ und „Die Tourismusregion Ostsee voranbringen“. Beide Anträge beinhalten somit auch Leitlinien für die Delegation des Deutschen Bundestages zur 16. Ostseeparlamentarierkonferenz. Für die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein bleibt die Ostseepolitik auch künftig und in Fortsetzung der von Björn Engholm begonnenen Politik der guten Nachbarschaft ein Schwerpunkt der politischen Arbeit.

Erleichterungen für deutsch-dänische Grenzpendler

Seit 2005 leiten der dänische Folketing-Abgeordnete Kim Andersen und ich – jeweils als Persönliche Beauftragte unserer Regierungschefs – eine deutsch-dänische Arbeitsgruppe zu Fragen grenzüberschreitender Mobilität. Im Februar 2006 legte unsere Arbeitsgruppe einen Bericht vor, der in eine Reihe von Empfehlungen mündete. Deren Umsetzung erörterten wir am Freitag, den 15. Juni, in Flensburg.

Wichtig ist mir die Tatsache, dass ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bei den betroffenen Arbeitnehmern die Voraussetzung für grenzüberschreitende Mobilität ist. Wir konnten mittlerweile eine Reihe von Unklarheiten im Bereich des Arbeitslosengeldes, der familienbezogenen Leistungen und der Krankenversicherung beseitigen. Ganz konkret ließ sich die Krankenversicherung für in Deutschland ansässige Bezieher der dänischen Vorruhestandleistung (efterløn) verbessern. Diese Menschen sind mit Inkrafttreten der Gesundheitsreform am 1. April 2007 nun pflichtversichert.

Information und Beratung bleiben dennoch unverzichtbar. Daher hatten wir das Infocenter Grenze und Vertreter der Grenzpendler zu unserem Treffen eingeladen, damit diese von ihren Erfahrungen berichten konnten.

Auch Kim Andersen freute sich über konkrete Erleichterungen für Grenzpendler. Er hob insbesondere Fortschritte in Steuerfragen hervor: Im letzten Jahr hat das dänische Parlament konkrete Verbesserungen bei der Abzugsfähigkeit und dem Steuerfreibetrag beschlossen. Gleichzeitig konnten die Behörden beider Länder Zweifelsfälle bei der Steuerpflicht verschiedener Ruhegehälter klären.

Außerdem hat der Bericht die deutsch-dänische Kooperation vorangebracht, etwa bei der Zusammenarbeit der Finanzämter in Tondern, Flensburg und Leck, sowie zu einer Reihe von bilateralen Initiativen im Ausbildungsbereich geführt. Die Dy-



Gemeinsam Vorsitzende einer Arbeitsgruppe: Andersen und Thönnies namik, die wir heute im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt erleben, nutzt sowohl den Unternehmern als auch den Bürgern und somit der Region insgesamt.

Gemeinsam freuten wir uns auch darüber, dass auf Empfehlung des Berichts hin deutsche und dänische Akteure derzeit – unter Federführung der Region Syddanmark – die Einrichtung eines gemeinsamen Internetportals für Grenzpendler erörtern.

Konferenz in Berlin Bildung, Beschäftigung, Barrierefreiheit

Am 11. und 12. Juni 2007 veranstaltete das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin die international hochrangig besetzte Europäische Konferenz zur Integration behinderter Menschen. Die Tagung stand unter dem Motto "Bildung, Beschäftigung, Barrierefreiheit - Menschen mit Behinderungen stark machen". Mehr als 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft sowie der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft nahmen teil.



Diskussionsschwerpunkte der Konferenz waren die Chancen, Herausforderungen und Perspektiven einer besseren Integration behinderter Menschen in Bildung und Beschäftigung sowie die Förderung von Barrierefreiheit. In meinem Schlusswort zur Konferenz habe

ich das Fazit in Form zentraler Thesen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen gefasst:

- Gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in einem integrativen System führt zur Qualitätssteigerung der Lehr- und Lernleistungen für alle. Im Rahmen der gemeinsamen Bildung und Erziehung muss Förderung individuell gestaltet werden.
- Beschäftigung und Qualifikation sind wesentliche Elemente für ein selbstbestimmtes Leben. Die Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt fördert die Unabhängigkeit und Selbständigkeit behinderter Menschen in weiteren Lebensbereichen.
- Beschäftigungsstrategien für behinderte Menschen, inklusive Ausbildung und Weiterbildung, müssen vorran-

gig auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Unterstützte Formen der Beschäftigung und der offene Arbeitsmarkt sollen verzahnt und wechselseitig durchlässig sein.

- Barrierefreiheit ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Wahrnehmung und Verwirklichung der Rechte behinderter Menschen. Barrierefreiheit kommt darüber hinaus angesichts der demographischen Entwicklung der gesamten Gesellschaft zugute.

Diese aus den Diskussionen, Vorträgen und Präsentationen gezogenen Schlussfolgerungen und Ziele schließen zum großen Teil nahtlos an das kürzlich von Deutschland und 21 weiteren EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnete Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN) über die Rechte behinderter Menschen an bzw. führen die dort festgelegten Grundsätze fort und konkretisieren sie.

Während der Konferenz fand zudem unter der Leitung von Gastgeber Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, ein Arbeitstreffen der für Behindertenpolitik zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister statt. Dabei wurden auch länderspezifisch gelungene Beispiele und Vorhaben im Bereich der Integration und Teilhabe behinderter Menschen vorgestellt.

Die Konferenz hat den Anspruch erfüllt, ein zentraler Schritt auf dem Weg zur Ratifizierung und Umsetzung des VN-Übereinkommens in den EU-Mitgliedsstaaten zu sein. Die Regierungsdelegationen der Mitgliedstaaten bestätigten die grundlegende Bedeutung des Übereinkommens für die bessere Förderung, den besseren Schutz sowie die bessere Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von Menschen mit Behinderungen.

Unterwegs — in Europa, im Bund, im Land & vor Ort

Unterwegs im Wahlkreis

50 Teilnehmer kamen zur **Veranstaltung "Fraktion vor Ort"** der SPD-Bundestagsfraktion am 15. Mai im SPD-Podium in Norderstedt. Nils-Annen, MdB aus Hamburg sowie SPD-Vorstandsmitglied und ich diskutierten zum Thema "Deutschland und Europa – Europa und Deutschland". Am Dienstag, den 29.5. besuchte mit meiner IP-Stipendiatin Liina Grünberg das **Gymnasium Kaltenkirchen**. Mit dem 11. Jahrgang sprach ich dort über Berufsausbildung, Europa und Bundeswehr. Nachmittags hatten wir ein **Pressegespräch zur besseren Integration von älteren Arbeitnehmern** in neue Beschäftigung in Bad Segeberg. Dem schloss sich ein **Treffen mit Experten zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement** im Bürgerbüro in Bad Segeberg an. Mit ihnen arbeite ich an einem Projekt zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern, die längere Zeit krank waren. Ziel ist, durch rechtzeitige Rehabilitation Frühverrentung zu verhindern.

Am Mittwoch, den 30.5. besuchten Liina und ich das **Jugendaufbauwerk in Bad Oldesloe**. Dort kochte ich mit den Jugendlichen und sprach anschließend mit ihnen über ihre Ausbildungs- und Berufsinteressen. Abends referierte ich auf der öffentlichen **Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Wentorf zur Gesundheitsreform**.

Beim **Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion** am 31.5. stand das Sozialgesetzbuch II, die Arbeit der ARGE in Stormarn und die Integration von Langzeitarbeitslosen in Arbeit im Mittelpunkt. Am Samstag, den 2.6. nahm ich an der **Eröffnung des Familienzentrums der Segeberger Kliniken in Bad Segeberg** teil. Eine Woche später überreichte ich dem ersten „**Mehrgenerationenhaus**“ in Stormarn, der **OASE e.V.** in Bad Oldesloe das entsprechende Hausschild von der Bundesfamilienministerin. Das jahrelange Engagement der OASE-Aktiven wurde damit in herausragender Weise belohnt und wird nun die nächsten fünf Jahre mit jeweils 40.000 € gefördert.

Am Nachmittag des 9. Juni hielt ich ein Grusswort bei der traditionellen Lions-Veranstaltung **Fest der Nationen** in Wahlstedt. Gute Tradition war am Samstag, dem 23. Juni die Teilnahme an der Premierenfeier von "Winnetou II" bei den **Karl May-Spielen** in Bad Segeberg. Am darauffolgenden Tag besuchte ich die feierliche Veranstaltung zur **Einweihung des jüdischen Gemeindezentrums** in Bad Segeberg.

Zum 20. Mal wurde am 27. Juni der von mir 1986 ins Leben gerufene **Olof-Palme-Preis des SPD Kreisverbandes Stormarn** verliehen. Im Schloss Reinbek waren die Schülerinnen und Schüler des Sachsenwald-Gymnasiums aus Reinbek die glücklichen Gewinner. Sie kümmern sich seit Jahren um Schüler-Entwicklungsprojekte in anderen Teilen der Welt.

Auf dem Turnierplatz in Bad Segeberg verabschiedeten wir am 28. Juni in einem **Brigadeappell** Soldatinnen und Soldaten der Panzerbrigade 18 Holstein in ihre neue Aufgabe, der Friedenssicherung im Kosovo. Abends kam ich mit den **SPD-Ortsvereinsvorsitzenden aus dem Wahlkreis** in Leezen zusammen. Die aktuelle Politik in der Berliner Koalition und das wichtige Thema "Kinderarmut" standen hier im Mittelpunkt. Danach fuhr ich noch zur **Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Henstedt-Ulzburg**.

Abgeschlossen wurde die Woche mit zwei Terminen am Samstag, den 30. Juni. Nach drei Stunden Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern im **Info-Mobil des deutschen**



Zu Gast in Berlin: Betriebsräte aus Segeberg

Bundestages in Ahrensburg fuhr ich nach Wahlstedt, um auf der **Kreiskonferenz des AWO-Kreisverbandes Segeberg** über die "Perspektiven der Gesundheitsreform" zu diskutieren. Nach einer kurzen anschließenden Stippvisite beim **Jazz-Nachmittag des SPD-Ortsvereins Ammersbek** ging es dann ins Wochenende. Das beinhaltete am Sonntag, dem 1. Juli die Teilnahme am **SPD-Familiensommer** im Erlebniswald Trappenkamp, gemeinsam mit Familien- und Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht.

Unterwegs in Land und Bundesgebiet

Am 29. Mai stand die **SPD-Regionalkonferenz Programmkonvent "Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert"** in Itzehoe im Kalender. Schön, dass so viele Genossinnen und Genossen mit ihrer Teilnahme ihr Interesse an zentralen Fragen sozialdemokratischer Programmatik bekundeten.

Am Freitag, den 15. Juni, ging es in Flensburg um die vor gut einem Jahr von meinem dänischen Kollegen, dem Folketing-Abgeordneten Kim Andersen und mir gemachten Vorschläge zur Verbesserung der **Mobilität für deutsch-dänische Grenzpendler** (Seite 5).

International ging es auch am 18.6. zu **Beginn der Kieler Woche** im Landtagssitzungssaal zu. Vor Parlamentariern aus der Nord- und Ostseeregion referierte ich zum Thema "Die Arbeitswelt im Umbruch – Flexicurity – Ansätze für europäische Arbeitszeitmodelle".

Gemeinsam mit dem niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten Wolfgang Jüttner diskutierte ich nach meinem Vortrag auf einer **Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung** in Hannover am 22. Juni das Thema "Alter hat Zukunft".

Besuche der Bildungs- und Förderstätte für Menschen mit Behinderungen der **Lebenshilfe e.V. Himmelsmoor** in Quickborn und der **Agentur für Arbeit in Elmshorn** mit SPD-MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann standen am 28. Juni im Kalender. Hier ging es uns vor allem um die Themen Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sowie um die Integration Älterer und berufliche Weiterbildung.

Mit Betriebsräten im Dialog

Am 19.6. diskutierte ich im Ministerium in Berlin mit **Konzernbetriebsratsmitgliedern** der Bayer AG die erfolgte Rentenreform sowie die Initiative 50plus der Regierung. Tradition hat inzwischen schon die **Betriebsrätekonferenz der SPD-**

Unterwegs — in Europa, im Bund, im Land & vor Ort

Bundestagsfraktion. Auch diesmal hatte ich wieder Betriebsräte aus dem Wahlkreis eingeladen. Vertreten waren Grundfos (Wahlstedt), Ethicon und Jungheinrich (Norderstedt). Im Mittelpunkt standen die Themen Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, Weiterbildung und gesunde Arbeitsbedingungen.

In Berlin

Neben den Routineterminen der Sitzungswochen in Fraktion, Parlament und Ministerium will ich die Arbeit der **Partei-/Fraktionsarbeitsgruppen zum flexiblen Übergang in die Rente und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer** hervorheben. Gemeinsam mit Gewerkschaftern, Wissenschaftlern, Arbeitgebervertretern und Betriebsräten beraten wir hier in vier Arbeitsgruppen, wie wir einerseits die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer verbessern und andererseits bei übermäßiger Belastung auch flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglichen können. Hierzu tagten wir am 9. Mai und 13. Juni.

Am 11. Mai erklärte ich **vor dem Bundesrat**, dass wir zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge prüfen, die Sozialabgaben- und Steuerfreiheit über 2008 hinaus fortzusetzen. Nahezu selbstverständlich war natürlich die Teilnahme am **Jahresempfang des Sozialverbandes Deutschland e.V.** anlässlich des 90jährigen Bestehens in Berlin am 23. Mai. Nachdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des **Planspiels "Jugend im Parlament"** drei Tage lang im Deutschen Bundestag die Rolle von Bundestagsabgeordneten übernommen hatten, traf ich mich am 18. Juni mit der von mir eingeladenen Norderstedterin Kim Eileen Sander vom der Gesamtschule Lütjenmoor zu einem "Erfahrungsaustausch".

Am 2. Juli organisierte unser Ministerium die **Ergebnisveranstaltung zu drei Jahren "JOB-Jobs ohne Barrieren"** in Berlin. In einer Podiumsdiskussion zog ich ein positives Resumé der Initiative und stellte Perspektiven für die Fortsetzung der Aktivitäten zur Optimierung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen dar. Am 6. Juli schloss ich die letzte Sitzungswoche vor den Parlamentsferien ab mit **zwei Reden im Bundestag** zur Verbesserung der Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen Langzeitarbeitsloser sowie, als Vorsitzender der Delegation zur Ostseeparlamentarierkonferenz, zum Antrag der Koalitionsfraktionen "Ostseekooperation stärken und Chancen nutzen".

Insgesamt **sechs Besuchergruppen** waren in den letzten Sitzungswochen zu Gast in Berlin. Dazu gehörten die Woldenhorn Schule Ahrensburg, das Gymnasium Kaltenkirchen, Vertreterinnen und Vertreter der Special Olympics, der Olympiade für Menschen mit geistiger Behinderung, aus Schleswig-Holstein und Hamburg, die Gesamtschule Lütjenmoor aus Norderstedt, 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis und die Sachsenwaldschule in Reinbek.

Europa und weiteres Internationales

Die deutsche EU-Präsidentschaft hat auch in ihren letzten Wochen den Terminkalender zeitweise diktiert. Hinzu kamen aber ebenso andere internationale Termine, die deutlich machen, dass inzwischen auch die Sozialpolitik global geworden ist. So begrüßte ich am Montag, den 7. Mai internationale Teilnehmer der **Tagung des Berliner Wissenschaftszentrums** zum Thema „Die Attraktivität des Europäischen und des Amerikanischen Sozialmodells für die neuen Mitglieder und die Beitrittskandidaten der Europäischen Union“. Eine



Gutgelaunt: Maritimer Tag in der Landesvertretung Schleswig-Holstein

Woche später, am 14. Mai, besuchte mich der **norwegische sozialdemokratische Abgeordnete Sverre Myrli**, um mit mir über Fragen der Altersvorsorge und die Bildung einer Norwegisch-Deutschen Parlamentariergruppe im Storting zu sprechen.

Am Mittwoch, den 23.5. eröffnete ich zusammen mit Ministerpräsident Althaus die Sitzung des **Informellen Europäischen Sozialausschusses** in der Erfurter Staatskanzlei im Rahmen unserer EU-Präsidentschaft. Am Mittwoch, den 23.5. eröffnete ich zusammen mit Ministerpräsident Althaus die Sitzung des Informellen Europäischen Sozialausschusses in der Erfurter Staatskanzlei im Rahmen unserer EU-Präsidentschaft.

Vom 4.-8.Juni leitete ich eine siebenköpfige **Delegation der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe des deutschen Bundestages** nach Norwegen und Schweden. Auf dem Programm standen Fragen der Familien-, Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Außen- und Umweltpolitik. Am 11./12. Juni führte unser Ministerium die **Europäische Konferenz zur Integration von Menschen mit Behinderungen** in Berlin mit den dafür verantwortlichen Ministerinnen und Ministern der EU-Mitgliedsstaaten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Behindertenverbände durch. Ebenfalls am 11. Juni hatten die vier Landtage der Küstenländer zum **Maritimen Tag der Parlamente** in die Landesvertretung Schleswig-Holstein eingeladen. Hier hielt ich eine kurze Rede zur 16. Ostseeparlamentarierkonferenz. Zu deren Vorbereitung organisierte die **Friedrich-Ebert-Stiftung** am 15./16.6. in Berlin ein Seminar mit Vertretern der Sozialdemokratie aus den Teilnehmerländern (siehe Seite 4). Eine **Delegation des Innen- und Rechtsausschusses des Chinesischen Volkskongresses** informierte ich am 19. Juni über unser Rentenversicherungssystem und unsere Politik für Menschen mit Behinderungen. Einen Tag später leitete ich ganztägig die Sitzung des **erweiterten Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz** mit 40 Teilnehmern aus den Ländern der Ostseeregion. Für den Abend des 21. Juni organisierten die Stipendiaten des Internationalen Parlamentsprogramms einen bunten Länderabend, in dem sie uns ihre Nationen vorstellten. Da Liina Grünberg derzeit bei mir ihr fünfmonatiges Praktikum absolviert (Seite 9), habe ich natürlich gerne teilgenommen. Schließlich folgte dann am 25. Juni noch ein Treffen mit dem chinesischen Vize-Sozialminister und die Leitung des **Deutsch-Chinesischen Seminars zur Sozialversicherung in Berlin**.

Gelesen: Franz Thönnnes am Gymkaki

Von Claudia Book, Jan Philip Ernsting, Svetlana Fedotov, Keshia Kay, Sarah Mönnich, SchülerInnen des 11. Jahrgangs am Gymnasiums Kaltenkirchen

So viel Politik am frühen Morgen. Die SchülerInnen des 11. Jahrgangs hatten am Dienstag, d. 29. Mai 2007, in der Bürgerhalle die Chance, den Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes mit ihren Fragen zu löchern.

Bereits 1970 begann er nach dem Erwerb der mittleren Reife eine Ausbildung zum Industriekaufmann. In den folgenden Jahren engagierte er sich als Gewerkschaftssekretär für die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Sein politischer Aufstieg folgte mit dem Amt des Kreisvorsitzenden der SPD im Wahlkreis von Bad Segeberg und Kreis Storman Nord. Hier setzte er sich für die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation ein. 1993 folgte die Bundestagskandidaturanfrage seiner Partei, worauf er 1994 erstmals über die Landesliste in den Bundestag gewählt wurde. Seit 2002 ist er parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Müntefering.

Nachdem der selbstbewusste Sozialdemokrat und zweifacher Vater alles zu seiner Person, seinen Steckenpferden und seinem Werdegang in der Politik erzählt hatte, stellte er sich dem weiteren Informationsbedürfnis der neugierigen SchülerInnen.

Thönnnes erläuterte seine Haltung zur Einführung von Mindestlöhnen, erklärte die Nachwuchsprobleme der SPD, die, seiner Meinung nach, in nahezu allen Parteien und Gewerkschaften zu finden seien, und antwortete auf die Frage, warum Abgeordnete und Minister nach weniger Jahren eine bessere Altersabsicherung als der „normale“ Rentner erhalten. Er schilderte die Arbeitsweise innerhalb der SPD-Fraktion.

Als Mitglied der Großen Koalition (CDU/CSU/SPD) hat er Einblicke in die Arbeitsweise und das Klima in der Koalition. Er bewertete es für sein Tätigkeitsfeld im Großen und Ganzen als gut; gehe es jedoch an die „Ecken und Kanten“ umstrittener Inhalte, verschärften sich in der „nicht unbedingt gewollten Koalition“ die Auseinandersetzungen. Dabei gebe es Momente, in denen die Temperatur „null bis minus ein Grad“ betrage – das normale Ar-

beitsklima liege etwa zwischen „18 bis 20 Grad“.

Als wichtigen Punkt in seinen Ausführungen hob Thönnnes die Situation der Gewerkschaften hervor. Für ihn sei es wichtig, dass sich ArbeitnehmerInnen ihnen anschließen, um die eigenen Interessen besser zu vertreten. „Einen Finger kann man brechen, eine ganze Faust nicht.“ Leider nehme die Zahl derjenigen abhängig Beschäftigten zu, die aus Angst und Fehleinschätzung einer Gewerkschaft nicht beiträten.

Als letztes vermittelte er uns, dass es zwar viele Freizeitangebote geben möge, die mehr Interesse weckten als die Beschäftigung mit Politik; wir, die Jugendlichen, aber dennoch nicht vergessen sollten, dass es sich um unsere Zukunft handele und nicht um die der Älteren, die zur Zeit die Richtung bestimmten. Er wies auf die Parteilarbeit hin, aber nicht nur auf die Jungsozialisten, sondern auch auf alle anderen Jugendorganisationen der demokratischen Parteien.

Thönnnes legte uns nahe, einen guten Abschluss anzustreben und mindestens eine Fremdsprache gut zu beherrschen. Der Arbeitsmarkt reiche über die nationalen Grenzen hinaus; vor allem die Orientierung innerhalb der Europäischen Union werde wichtiger, wie die letzten Jahre zeigten.

Die Veranstaltung war, nach der Zahl der Fragen und dem spürbaren Interesse der SchülerInnen zu urteilen, ein voller Erfolg, es war eine neue Erfahrung, einmal einen „echten Politiker“ vor sich zu haben. Der Vortrag und die anschließende Diskussionsrunde wurden nicht als aufdringliche Werbung für die Sozialdemokraten verstanden. Die ZuhörerInnen beschrieben Thönnnes als durchweg sympathischen Menschen, zumal seine Ausführungen nicht, wie von einigen erwartet, voll waren von unverständlichen politischen Phrasen, sondern klar gegliedert und sachbezogen begründet.

Zum Abschluss wies Herr Thönnnes noch auf die Internetz-Seite bundestag.de hin, auf der sinnvolle und interessante Informationen zur Politik im deutschen Bundestag zu finden sind.

Unser Kurslehrer, Herr Reith, verabschiedete ihn freundlich und dankte ihm für seinen Besuch. [*gefunden auf: www.gymkaki.de*]

Persönliche Erklärung: Keine Vorwürfe gegen Thönnnes

Zur Einstellung des gegen ihn wegen des Vorwurfs der Vorteilsannahme von der Staatsanwaltschaft Köln eingeleiteten Ermittlungsverfahrens erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnnes:

„Die Staatsanwaltschaft Köln hat heute am 27.6.2007 das gegen mich eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Vorteilsannahme aus tatsächlichen Gründen mangels Tatverdachts eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft wurde in ihren Ermittlungen von mir voll unterstützt. Hierzu habe ich den Sachverhalt geschildert sowie vorhandene Belege zur Verfügung gestellt. Es wurde belegt, dass der Urlaub 2003 von meiner Frau und mir selbst organisiert und finanziert wurde.

Die Ermittlungen haben meine Erklärung vom 14.6.2007 uneingeschränkt bestätigt. Meine Frau und ich haben nicht an einer von Ruhrgas im Juli 2003 organisierten dreitägigen Norwegen-Reise teilgenommen, die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens bildete.

Wir waren lediglich innerhalb unseres privat organisierten und privat finanzierten Norwegen-Urlaubes an einem Programmpunkt dieser Reise, dem Besuch der Gas-Förderplattform „Troll A“, beteiligt. Dies erfolgte aufgrund einer privaten Einladung, die im Zusammenhang mit meiner ehrenamtlichen Vorstandstätigkeit in der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung bzw. im Verein zur Förderung der Deutsch-Norwegischen Willy-Brandt-Stiftung stand und über ein der Ruhrgas AG angehöriges Beiratsmitglied

zustande kam.

Die Einladung stand in keinem Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Parlamentarischer Staatssekretär im damaligen Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und als Mitglied des Deutschen Bundestages. Belege und Erklärungen der Verantwortlichen der Ruhrgas AG haben ebenfalls meine Angaben vollinhaltlich bestätigt. Dies gilt auch für die Tatsache, dass ich meine Frau niemals gegenüber dem Unternehmen als Mitarbeiterin ausgegeben habe.

Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens nimmt eine Last von mir und gibt mir nun wieder die Möglichkeit, mich voll auf meine beiden Aufgaben als Parlamentarischer Staatssekretär und als Bundestagsabgeordneter in Berlin und in meinem Wahlkreis konzentrieren zu können.

Gleichfalls freue ich mich, unbelastet meine ehrenamtlichen Tätigkeiten als Vorsitzender der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft sowie als Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Deutsch-Norwegischen Willy-Brandt-Stiftung und als Vorstandsmitglied dieser Stiftung fortsetzen zu können. Schließlich geht es dabei um die Vertiefung der norwegischdeutschen Beziehungen und die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses beider Länder. Dazu gehören die Förderung des Schüler-, Studenten-, Lehrer- und Praktikantenaustausches mit Stipendien sowie die Organisation der Gesprächskreis-Projekte „Nachhaltige Reformpolitik“ und „Nachhaltige Umwelt- und Ressourcenpolitik“, wie es der Homepage www.willy-brandt-stiftung.de zu entnehmen ist.

Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551—968383
Fax.: 04551—967338

E-mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Tel.: 030—227—71128

Fax.: 030—227—76828

E-mail: franz.thoennes@bundestag.de

REDEN:

Am 22.5. in Erfurt zur Eröffnung des Informellen Europäischen Sozial-schutzausschusses.

Am 30.5. in Wentorf zur Gesundheitsreform.

Am 9.6. in Bad Oldesloe zur Eröffnung des Mehrgenerationenhauses OASE e.V.

Am 12.6. in Berlin zur Europäischen Behindertenkonferenz.

Am 22.6. in Hannover zum FES-Kongress „Alter hat Zukunft“.

Am 25.6. in Berlin zum Deutsch-Chinesischen Seminar zur Sozialversicherung.

Am 2.7. in Berlin zur Initiative „job—Jobs ohne Barrieren“.

Am 6.7. im Deutschen Bundestag zu Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen Langzeitarbeitsloser

Am 6.7. im Deutschen Bundestag zu Kooperation im Ostseeraum

KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 11.8., 15:00 Uhr im Bachstraßenpark, Bargtheide: Familienfest der Bargtheider SPD.

Donnerstag, 30.8., in Bad Oldesloe: Veranstaltung der SPD Bad Oldesloe zum Thema Gesundheitsreform.

Freitag, 7.9., 14:00 Uhr im Feuerwehrmuseum Norderstedt, Friedrichsgarbener Weg 290: Festakt „40 Jahre Lebenshilfe Norderstedt“.

Samstag, 8.9., 10:00 Uhr im Casino der Stadtwerke Kiel, Uhlenkrog 32: Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein.

Samstag, 15.9., 16:00 Uhr im Kleinen Theater Wahlstedt, Waldstr. 16: Theateraufführung von Menschen mit Behinderung: Sommer-Nacht Traum

www.thoennes.de



Stark im Norden!

Zu Gast in Berlin

15 Wochen lang begleitete die estnische Studentin **Liina Grünberg** mich im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums bei meiner Arbeit. Sie unterstützte mein Berliner Büro, besuchte den Wahlkreis, nahm teil an begleitenden Veranstaltungen und besuchte Kurse an den Berliner Universitäten.

Das Internationale Parlamentsstipendium hat seit 1986 insgesamt 1.300 junge Menschen nach Deutschland gebracht, um sie mit dem politischen System der Bundesrepublik vertraut zu machen und sie anzuregen, sich in ihren Heimatländern politisch zu engagieren. Die diesjährigen Stipendiaten stammen aus 21 verschiedenen Ländern.

Ich halte es für wichtig, dass junge Menschen aus anderen Ländern sehen, wie unsere Demokratie funktioniert, dabei aber umgekehrt auch ihre eigene Sicht einbringen. Deshalb beteilige ich mich gern an derartigen Austauschprogrammen und gebe die Möglichkeit

der Mitarbeit in meinem Büro.

Liina hat mich dabei mit Recherchen und Ausarbeitungen in meiner Arbeit unterstützt, u.a. bei den Themen „Jugendarbeitslosigkeit im Ostseeraum“ sowie „soziale Absicherung von Grenzpendlern“. Die Arbeit im Büro wurde begleitet von einem vielfältigen Programm, das v.a. von den politischen Stiftungen getragen wurde und sie Ende Juli noch bis nach Brüssel führen wird. Daneben trieb sie in Seminaren und Vorlesungen an Humboldt und Freier Universität ihr Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität der alten Hansestadt Tartu voran.

Auch meinen Wahlkreis hat Liina besucht: Der Norderstedter Stadtrat Dr. Harald Freter gab ihr dabei einen Einblick in die Verwaltung der Stadt und konnte bei der Gelegenheit auf die engen Kontakte zwischen Norderstedt und seinen beiden estnischen Partnerstädten Köhtla-Järve und Johvi verweisen. Außerdem fand sich Zeit zu einem Segetörn, auf dem Liina die Ostsee (auf estnisch heißt sie Läänemeri, „Westsee“) einmal von der anderen Seite betrachten konnte.

Geboren vor 23 Jahren in Estland strebt Liina eine Tätigkeit im diplomatischen Dienst an. Gute Anregungen, sagt sie, habe sie in Berlin dafür erhalten. Außerdem fiel in die Zeit ihres Aufenthaltes in Berlin die innenpolitische Auseinandersetzung um ein sowjetisches Kriegsdenkmal in der Tallinner Innenstadt: „Darauf wurde ich schon angesprochen. Aber das ist ja auch gut so, so kann man darüber ins Gespräch kommen, was die Menschen anderswo in Europa beschäftigt.“

Auf zu neuen Ufern

In den vergangenen zwei Jahren hat neben Büroleiter Thomas Fritz auch **Thorsten Nissen** in meinem Wahlkreisbüro gearbeitet.

Zunächst leistete er wertvolle Unterstützung im Bundestagswahlkampf, organisierte in dem Zusammenhang Infostände im ganzen Wahlkreis,

hielt Kontakt zu den Ortsvereinen und versorgte sie mit Material. Gute Erinnerungen habe ich an eine gemeinsame Nachtfahrt, in der wir an besonderen Stellen weitere Stellenschilder aufgestellt haben.

Nach dem anstrengenden Wahlkampf war ich froh, ihn stundenweise in meinem Wahlkreisbüro in Bad Segeberg beschäftigen zu können. Neben den normalen Büroabläufen kümmerte er sich schwerpunktmäßig um die Erstellung eines Handbuchs, das alle Einrichtungen verzeichnet, die sich in den Kreisen Stormarn und Segeberg um die Betreuung behinderter Menschen kümmern. Seine ruhige Art bestehende Probleme aufzuarbeiten und Aufgaben gewissenhaft zu Ende zu führen bleiben mir in guter Erinnerung.

Thorsten ist auf eigenen Wunsch ausgeschieden und hat nun eine Banklehre in Hamburg begonnen. Neben seiner Tätigkeit in meinem Büro war und ist er noch an vielen Stellen für die SPD aktiv. Er engagierte sich stark bei den Jusos und war zuletzt Juso Landesvorsitzender. Daneben sitzt er auch in der SPD Kreistagsfraktion Stormarn und ist dort unter anderem im Sozial- und Gesundheitsausschuss tätig. Ich wünsche Thorsten in seinem neuen Beruf alles Gute und würde mich freuen, ihm auch in Zukunft in seiner politischen Arbeit zu begegnen.